

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.
ohne Postbefreiung. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Urbanstr. 63 I. Fernr. 8991. 8653.

Augenpreis
die viergehaltene Beilage 90 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Erfüllungsbeleg 60 Pf.; Verbands-
mitgliedsbeleg 12 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 17.

Berlin, den 21. April 1918.

34. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Dem Kollegen Eugen Langner, Buchnummer 44 010, ist sein Mitgliedsbuch in Kiel gestohlen worden. Beim evtl. Vorzeigen ist das Buch abzunehmen und an uns einzulenden.

2. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Sie werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzulenden:

Nr.	4 118	ausgestellt für	Elia Soeffs
"	7 776	"	Anton Gujer
"	28 771	"	Agnes Puppold
"	34 976	"	Franziska Behold
"	49 592	"	Frieda Weiß
"	57 674	"	Marie Wätcher
"	72 399	"	Friedrich Ehlinger
"	89 306	"	Frieda Eym
"	102 587	"	Lisbeth Schilling
"	122 460	"	Wilma Enaht
"	125 611	"	Lisbeth Neundorf
"	126 573	"	Helene Kunze
"	126 611	"	Anna Frankel
"	127 849	"	Gertrud Hermel
"	129 226	"	Elise Auh
"	131 058	"	Helene Dornbusch
"	132 868	"	Elisa Schneider
"	134 291	"	Margarete Marburg

Der Verbandsvorstand.

Große Kundgebung für Sozialreform nach dem Kriege.

Vorweg sei bemerkt, daß die Kundgebung in jeder Beziehung eindrucksvoll verlief. Nicht nur, daß der große Saal der Bültharmonie in Berlin für die gewaltige Zahl der Besucher nicht ausreichte und sofort in einem Nebenraum eine zweite Versammlung eröffnet werden mußte, sondern fast alle Reichsstellen hatten Vertreter entsandt. Es waren im amtlichen Auftrage u. a. antretend Vizelandrat v. Payer, Reichsschatzsekretär Graf Noebern, Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Krause, der Chef des Kriegsammtes General Scheuch und Unterstaatssekretär Dr. August Müller vom Kriegsernährungsamt. In seinen Einleitungsworten betonte der frühere preussische Handelsminister Frhr. v. Verlepsch, daß zur Zeit der letzten ähnlichen Kundgebung im Frühjahr 1914 eine sozialpolitisch laue und feindliche Stimmung herrschte. Heute können wir dagegen der Zuversicht leben, daß die Fortführung der Sozialreform in Regierung und Parlament überall die herrschende Meinung geworden sei. Wohl folgten gewöhnlich Zeiten großer Erhebung auch Zeiten großer Enttäuschung; wenn die Not vorbei ist, gewinnt die Tagesstimmung wieder die Oberhand, und die Versprechen sind vergessen. Diesmal aber werde das nicht der Fall sein; die Anhänger der Sozialreform ständen jedenfalls bereit, jede Gefährdung des Rückschritts und Stillstands zu bekämpfen.

Der Hauptredner Professor Franke wies sodann auf die vor dem Kriege vorhandene feindliche Stimmung gegen die Sozialreform in einflussreichen Kreisen hin. „Schluß mit der Sozialreform“, habe es geheißen, da sonst die deutsche Industrie angeblit-

nicht wettbewerbsfähig bleiben und nur dem Simulantentum für und Tor geöffnet werde. Die Kriegszeit habe jedoch den Nutzen der Sozialreform aufs eindringlichste erwiesen. Zuerst möchte er einen Gruß der Heimat an das Volk in Waffen richten, das überall die Heimat durch seinen beispiellosen Mut geschützt habe. Daraus erwachse uns allen aber auch die unausweichende Pflicht, den Witwen und Waisen der Gefallenen und den Verwundeten und Kriegsgeschädigten dauernd zu helfen.

Den Gewerkschaften müsse selbstverständlich ihr Recht auf Mitarbeit in allen sie angehenden und die Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten eingeräumt werden, denn während des Krieges habe man erkannt, welche nützliche Einrichtung sie seien. Minister hätten Gewerkschaftshäuser besucht, Gewerkschaftsführer gingen in den Amtsstuben ein und aus und ohne ihr fachverständiges Mitarbeiten sei eine großzügige Sozialreform nicht durchzuführen.

Menschen sind der größte Reichtum eines Volkes, sie zu schützen sei daher die vornehmste Aufgabe des Staates. Freilich würden wir nach dem Kriege hart arbeiten müssen, nicht aber dürfe das auf Kosten der Gesundheit gehen. Besonders die Schwachen müßten geschützt werden. Mutterschutz, Säuglingsfürsorge, Wohnungsreform, Höchstarbeitstag für Frauen und Jugendliche wären daher notwendig. Das volle Vereinigungsrecht für alle Arbeiter und Angestellten und das Fehlen des § 153 der Gewerbeordnung wäre dazu eine notwendige Bedingung. Das alles läge aber nicht bloß im Nutzen der arbeitenden Stände, sondern ebensosehr in dem des Staates. Zweifellos hätten diejenigen Völker den Weltkrieg am besten bestanden, die Arbeiterschutz und Sonntagsruhe gehabt hätten. Ausländische Arbeiter dürften nicht als Drücker auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zukünftig mehr verwandelt werden. Das auf absehbare Zeit noch Bestehen der hohen Lebensmittelpreise bedinge hohe Löhne, deren Senkung daher nicht gerechtfertigt sei. Weil aber dahingehende Bestrebungen schon wiederholt zum Ausdruck gekommen seien, ständen harte Arbeitskämpfe in Aussicht, wenn nicht dem durch Einigungsämter und Arbeitskammern vorgebeugt werde. Sachausschüsse für Fernarbeiter müßten so schnell als möglich ins Leben treten, auch den Landarbeitern muß endlich das Vereinigungsrecht zuteil werden.

An dem gewaltigen und schönen Werke einer derartigen Sozialreform müßten alle mithelfen, und nicht die schlechtesten Helfer sind die Gewerkschaftsführer. Man solle weder hierbei noch sonst fragen: Was hat der Mann für eine Bildung; ist er Akademiker? — sondern: Was leistet er? Aufstieg der Tüchtigen! (Starker Beifall.) Trotz aller Widerstände würde auch die preussische Wahlreform kommen. Der Wandergeist und die Sucht nach schnell erwerblichem Reichtum müßten vor den sittlichen Werten eines tüchtigen und gereiften Volkes zurückweichen. Wir fürchten den Kampf nicht gegen alle Widerstände. Uns gehört die Zukunft, dem neuen Deutschland leuchtet die soziale Reform. (Ausschender, langanhaltender Beifall.)

Nach Professor Franke traten die Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen und Beamtengemeinschaften zu kurzen Erklärungen auf, die alle, unter Hervorhebung der besonderen Wünsche und Forderungen, in dem Rufe nach einer lebendigen Sozialreform gipfelten. Legten als Vertreter der freien Gewerkschaften beleuchtete hierbei den natürlichen Gegensatz zwischen Käufer und Verkäufer der Ar-

beitskraft, aus dem sich leicht Kämpfe entwickeln könnten. Licht und Schatten für die Kämpfer müßten gleich verteilt werden, dürften nicht durch veraltete und ungerechte Gesetzesbestimmungen zu einer Benachteiligung der Arbeiter werden. Alle Schlichtungsstellen und Einigungsämter gewinnen nur dann erst ihren rechten Wert, wenn den Arbeitern ein klares unantastbares Recht auf Vereinigung gewährt wäre.

Bemerkenswert waren die Klagen der Vertreter von technischen und kaufmännischen Angestelltenverbänden, daß ihre Unternehmer grundsätzlich eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern der Angestellten ablehnten. Mit Entrüstung wurde die Mitteilung des Herrn Bechly von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände aufgenommen, daß am 2. August 1914 die Kaufleute einer großen Stadt ein Kundschreiben für ganz Deutschland beschlossen hätten, das da empfahl, allen Handlungsgeschäften zu kündigen und sie dann mit einem Drittel ihres bisherigen Gehalts wieder einzustellen. Und in Magdeburg haben die Kaufleute es durchgeführt, daß den bei den militärischen Behörden beschäftigten weiblichen Angestellten das Gehalt von 120 Mk. monatlich auf 70 Mk. herabgesetzt wurde, damit der Privatwirtschaft billige Arbeitskräfte gesichert seien.

Fraulein Hermann von der Arbeitsgemeinschaft weiblicher Angestelltenverbände forderte Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten bei der Wahl zu den Kaufmannsgerichten und zu den Versicherungsämtern.

Graf Posadowsky, der frühere Minister, hob als die wichtigsten Aufgaben hervor: Kriegsbeschädigtenfürsorge, Frauenfrage und Wohnungsreform. Reichstagsabgeordneter Trimborn vom Zentrum ermahnte eindringlich, die Familien Sorgen der arbeitenden Klassen mit nationaler Solidarität zu tragen. Professor Baumgarten, der Vorsitzende des Evangelisch-sozialen Kongresses, feierte Karl Marx als einen der großen Reformverfechter, und versicherte, daß auch die deutsche Wissenschaft sich dem großen Werke der Sozialreform dienbar erweisen würde, trotz alles Hohns über die „Kathedersozialisten“.

Mit einer kernigen Mahnung, die vielen schönen Reden zu beherzigen, schloß Freiherr v. Verlepsch die große Kundgebung.

Der Arbeiterschutz während des Krieges.

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Wir haben in der Gewerbeordnung wichtige Bestimmungen, die der freien Ausnützung des Arbeiters erhebliche Beschränkungen auferlegen. So dürfen in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten Kinder unter 14 Jahren nicht zur Arbeit zugelassen werden; für Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren ist die Nachtarbeit und eine Beschäftigung über 10 Stunden verboten; für Arbeiterinnen auch über 16 Jahre ist gleichfalls die Nachtarbeit verboten und als Höchstgrenze eine Arbeitszeit von 10 Stunden festgelegt. Alle diese Bestimmungen wurden zu Beginn des Krieges so gut wie aufgehoben, d. h. es konnten für einzelne Betriebe oder Bezirke die Behörden Ausnahmen zulassen.

Mittlerweile ist in einigen Industrien und Betrieben von Erlangung solcher Ausnahmen ein sehr umfangreicher Gebrauch gemacht worden, und es zeigten sich Mißstände ganz unerträglicher Art. Einige Ausnahmen sind durch eine Verordnung des Reichsanzlers wieder gemildert, trotzdem heißt noch so viel an Beschwerden übrig, daß auch jetzt wieder die sozialdemokratische Fraktion die vollständige Wiederherstellung der Arbeiterschutzbestimmungen in

einer Resolution des Reichstages verlangt. Die gleiche Anforderung ist wiederholt schon im Haushaltsauschuss gestellt worden.

In welchem Umfang von den Ausnahmeverwilligungen Gebrauch gemacht wurde, blieb bisher verborragen. Da die Berichte der Gewerbeinspektion nicht herausgegeben wurden. Für Preußen haben wir jetzt eine richtige Uebersicht über die für Jugendliche und Arbeiterinnen gewährten Ausnahmen von den Arbeiter-Schutzbestimmungen erhalten. Es sind die Ergebnisse für die Jahre 1915 und 1916 veröffentlicht, die folgende Gegenüberstellung aufweisen:

Uebersicht über Jugendliche

	1915	1916
Zahl der Betriebe . . .	793	857
Zahl der Jugendlichen . .	24 818	26 898

Nacharbeit Jugendlichen

Zahl der Betriebe . . .	563	1226
Zahl der Jugendlichen . .	21 474	38 125

Uebersicht über Arbeiterinnen

Zahl der Betriebe . . .	2515	1444
Zahl der Arbeiterinnen . .	149 820	97 117

Nacharbeit von Arbeiterinnen über 16 Jahre

Zahl der Betriebe . . .	1762	8197
Zahl der Arbeiterinnen . .	118 172	252 055

Die Nacharbeit wird dort etwas erträglicher, wo drei Arbeitsschichten eingeführt sind, so daß nur eine 8 stündige Arbeitszeit in Frage kommt, aber die Zahl derartige Betriebe ist verhältnismäßig gering.

Soweit für Jugendliche Nacharbeit gestattet war, hatten 1915 nur 49 Betriebe und 1916 170 Betriebe die Dreischichten-Einteilung; für Arbeiterinnen betraug 1915 in 282 Betrieben und 1916 in 703 Betrieben die gleiche Arbeitseinteilung.

Der Gesamtüberblick ergibt, daß im Vergleich zur Zahl der Beschäftigten die Ausnahmen nicht übermäßig häufig sind. Die Nützlichkeitsindustrie ist dabei, wie die Berufsgruppierung ergibt, allen voran, die anderen Industrien treten sehr zurück. Es ist sehr bedauerlich, daß nicht für die Nützlichkeitsindustrie allgemein die Dreischichten-Einteilung durchgeführt worden ist und noch 12-Stundenarbeiten in erheblichem Umfang bestehen. Zum Schutze der körperlichen Entwicklung unserer Jugendlichen, und um unsere Arbeiterinnen vor weiteren schweren Schädigungen zu bewahren, ist die Rückkehr zu dem im Frieden festgelegten Arbeiterschutz eine unabwendbare Notwendigkeit.

Aus unserem Beruf.

Klebstoff für die Großbuchbinderei. Die dringende Verlegenheit, in der sich verschiedene Großbuchbindereien wegen Beschaffung von Klebstoffen befinden, hat den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer veranlaßt, erneute Schritte zur Abstellung der vorhandenen Mißstände bei den zuständigen Stellen mit folgendem Ergebnis zu unternehmen: Zwar ist erhöhte Verforgung der Betriebe mit tierischem Leim auch in diesem Vierteljahre nicht möglich, als Ersatz wird aber den Betrieben eine Sonderverforgung mit Pflanzenleim zugestanden, so daß diese als Ersatz eine besondere Zuteilung an Dextrinleim, Buchbinderkleister, halbbatalischen Kleister, Trockenleim (lösl. Stärke) oder Quellstärke beantragen können. Die Zuteilung dieser Ersatzleimmittel kann außer dem sonstigen den Firmen zuzustehenden Vierteljahreskontingent an Pflanzenleim bei Mangel an tierischem Leim gefordert werden. Die Menge der in Betracht kommenden Klebstoffe wird nach dem schließelmäßig auf die Betriebe entfallenden Kontingent an Kartoffelstärkeleim in der Weise berechnet, daß entspricht:

- 1 kg Kartoffelstärkeleim = 1 kg Dextrinleim
- 1 " " = 5 " flüssigem Pflanzenleim (mit Ausnahme von Buchbinderkleister)
- 1 " " = 7 " Buchbinderkleister
- 1 " " = 1 " Trockenleim ohne Füllstoff
- 1 " " = 0,800 kg Quellstärke ohne Füllstoff

Die Anmeldungen für diese Ersatzverforgung sind zu richten an die Bezugsvereinigung für das deutsche Buchbindergewerbe in Berlin, Dafenplatz 5, zu Händen des Vorsitzenden, Herrn Hallmann.

Ist die „Buchbinder-Zeitung“ noch Organ der Zentralkrankenkasse der Buchbinder? Diese Frage mag verwunderlich erscheinen und mancher mag uns der Unkenntnis zeihen, da ja im § 30 der Satzung der Kasse ausdrücklich die „Buchbinder-Zeitung“ als Kassenzentrum bezeichnet wäre. Um so mehr wunderte es uns, daß in der „Sattler- und Portefeulleur-Zeitung“ vom 12. April d. J. Zentralvorstand und Aufsichtsrat der Krankenkasse einen Nachruf auf den verstorbenen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kol-

legen Wilhelm Tzigner, und zwar im Anzeigenteil, veröffentlicht, während unserer Zeitung nichts Derartiges zugeht, obwohl Tzigner Mitglied unseres Verbandes war und dem Sattler- und Portefeulleur-Verbande unseres Wissens nicht angehörte.

50 jähriges Berufsjubiläum. Am 18. April beging der Kollege August Wagner, Mitglied der Zahlstelle Berlin, den Tag, an welchem er vor 50 Jahren in die Lehre trat. Der Jubilar gehört zu denjenigen Kollegen, welche schon ziemlich früh den Wert der Organisation erkannten, und er schloß sich ihr bald nach seiner im Jahre 1880 erfolgten Ueberriedelung nach Berlin an. Seit dieser Zeit hat er immer in den vordersten Reihen gestanden und war jederzeit bereit, wenn der Ruf dazu erging, die Interessen seiner Kollegen und Kolleginnen des Kontobuchfaches zu vertreten. Auch heute gehört er noch der Leitung der Buchbinder- und Kontobuchgruppe an und nimmt regen Anteil an allen Sitzungen und Versammlungen. Die im Berliner Kontobuchfach bestehenden tariflichen und Organisationsverhältnisse sind zum guten Teil sein Werk, wofür ihm besonders der Dank und das Vertrauen der Kollegenschaft gebührt, die sie auch dadurch bekundete, daß sie ihn schon zweimal zum Verbandstage (1904 und 1907) sowie zu verschiedenen Konferenzen delegierte. Seine Mitarbeiter und -arbeiterinnen der Firma Niefenstahl, Bümpe u. Co., bei welcher der Jubilar seit 36 Jahren beschäftigt ist, hatten ihm zu Ehren eine kleine Feier veranstaltet. Auch die Inhaber der Firma hatten es sich nicht nehmen lassen, ihn durch ein größeres Geldgeschenk ihre Anerkennung auszudrücken.

Auch wir wollen es uns nicht nehmen lassen, dem Kollegen Wagner von dieser Stelle aus unsere besten Glückwünsche darzubringen und unsern Dank für die stete unermüdete Mitarbeit auszusprechen. Möge es ihm vergönnt sein, noch manches Jahr bei bester Gesundheit zum Wohle seiner Kollegen und Kolleginnen zu wirken. Fr. Kees.

Fachlehrerin. Als solche wurde an die Buchbinderei-Fachklasse der Königl. Kunstgewerbeschule in Königsberg i. Pr. Fräulein Lotte Rette aus Königsberg berufen. Fräulein Rette hat die Kunstklasse der Buchbinder-Fachschule zu Berlin besucht und ihre Meisterprüfung abgelegt; sie gründete im Sommer 1917 eine Werkstatt für kunstgewerbliche Buchbinderei in Königsberg.

Landkarten für Bekleidungsbedürfnisse dienstbar zu machen, bezweckt ein Erlaß des preussischen Unterrichtsministers an die Provinzialschulkollegien. Die Landkarten sollen abgeklebter werden, da sie zu Bekleidungsbedürfnissen, besonders zu Futterstoffen verwendet werden können.

Aus dem Dollerlande.

Ein ungehaltener Vortrag vom Kollegen? im September 1915.

III.

In der Verwaltung des amerikanischen Buchbinderverbandes sowie im ganzen Verbandsleben herrscht derselbe ausgeprägt geschäftsmäßige Geist wie in England. Alle Versammlungen sind hinter verschlossenen Türen statt. Es werden während derselben nicht etwa Bier oder andere Getränke serviert, sondern es ist wie in einer Schule. Vorn am Pult sitzt der Präsident, welcher anstatt einer Glocke den Hammer schwingt, und die Mitglieder sitzen um ihn herum auf Stuhlreihen, die stark an Kirchenbänke erinnern. Es gibt keine Tische, nur für den Vortragshörer und den Schriftführer ist ein Tisch in einer Ecke aufgestellt. Während der Versammlung sitzt ein Kollege an der verschlossenen Tür, die aber ein Guckloch besitzt, und wenn jemand anklopft, kann er sofort durch Vorzeigen der Mitgliedskarte sehen, ob der Betreffende berechtigt ist, einzutreten. Viele Vereine haben auch ein Geheimwort, welches das Mitglied sagt, um eintreten zu dürfen. Versammlungen mit beherrschenden oder unterhaltenden Vorträgen gibt es nicht in den amerikanischen Gewerkschaften. Politische Diskussionen sind streng verboten. In der Versammlung, die äußerst langweilig sind, die man aber ohne Erlaubnis des Präsidenten vor Schluß nicht verlassen darf, wird eigentlich nur das durchgebrochen, was bei uns der Vorstand in seinen Sitzungen erledigt, z. B. die täglich einlaufende Korrespondenz und die darauf folgenden Antwortschreiben. Jeder nimmt das Wort. Viel Köpfe, viel Unsinn! Jemandem den Wert für die Organisation haben die meisten Neben nicht.

Neuaufzunehmende Mitglieder werden ganz genau auf Orogen und Nieren geprüft, namentlich in bezug auf ihre Leistungsfähigkeit im Fach. Der Vorstand hat darüber vor der Aufnahme, in Abwesenheit des Kandidaten, genaue Bericht zu erstatten. Dann stimmt die Versammlung geheim darüber ab, ob der betreffende Kandidat aufzunehmend ist. Es befindet sich zu diesem Zweck auf einem Altar zwischen Präsident und Vizepräsident eine vledrige Holz-

schachtel mit zwei Abteilungen, zwischen beiden ein Loch. In der einen Abteilung sind schwarze und weiße Kugeln. Vor der Abstimmung müssen sich Präsident und Vizepräsident davon überzeugen, daß das eine Fach leer ist, es wird dann zugemacht und jeder, der für oder gegen den Kandidaten stimmt, tut dies, indem er eine weiße oder eine schwarze Kugel durch das Loch in die vorher leere Abteilung wirft. Sobald mindestens drei schwarze Kugeln abgegeben worden, gilt der Kandidat als abgelehnt, doch sind die, welche schwarz gewählt haben, verpflichtet, schriftlich dem Vorstand ihre Gründe dafür anzugeben. Ihre Namen darf er jedoch nicht veröffentlichen. Findet er die Gründe nicht stichhaltig, legt er dieselben der nächsten Versammlung vor. Die Namen der Kollegen, welche gegen den Kandidaten gestimmt haben, werden aber auch dann nicht bekannt gemacht, sondern bleiben stets Geheimnis des Vorstandes. Jeder für gut befindende Kandidat wird unter großer Feierlichkeit vereidigt. Alle Mitglieder erheben sich von ihren Plätzen und der Kandidat schwört mit erhobener rechter Hand, daß er zu niemandem, der nicht Verbandskollege ist, über Verbandsangelegenheiten usw. sprechen und treu zur Hebung des Gewerbes beitragen will.

Man will, daß die Arbeitgeber nichts erfahren, wann die Kollegen streiken oder Lohnbewegungen ausführen wollen. Da aber die Werkführer in Amerika meistens auch Mitglieder der Gewerkschaft sind, ist der Zweck der Uebung verfehlt. Der Präsident bei den Versammlungen in Amerika ist allmächtig. Nimmt man das Wort, so sagt man: „Herr Präsident und Kollegen!“ und richtet das Gesicht nach dem Präsidenten zu. Durch dreimaliges Schlagen mit dem Hammer hat der Redner sofort aufzuhören zu sprechen. Der Präsident hat das Recht, Strafen zu verhängen wegen ungehörigen Betragens. Nichtbefolgung von Vorschriften, für Schwänzen der Versammlungen usw. Das Geld fällt der Lokalkasse zu. Die örtlichen Vorstandsmitglieder werden jährlich einmal durch geheime Stimmzettelausgabe gewählt, die Wahlleiter sind arbeitslose Kollegen, die Wahlzeit dauert den ganzen Tag des Wahltages von 9 bis 6 Uhr. Als Entschädigung für ihre Dienste erhalten die Wahlleiter je 5 Dollar. Der Ortsvorstand einer Zahlstelle besteht aus 11 Personen: 1. Präsident; 2. Vizepräsident; 3. Kassierer; 4. Schatzmeister; 5. Schriftführer; 6. Inspektor; 7. Einführer; 8. Türhüter. Dazu kommen noch drei ständige Beisitzer. Der Kassierer verwaltet nur kleine Summen und fassiert die Beiträge ein, der Schatzmeister deponiert und hebt Geld von der Bank ab, der Inspektor kontrolliert die Mitgliedsarten während der Versammlungen, der Türhüter hat den Einführer zu verständigigen, wenn Besuchende Eintritt wünschen; dieser wendet sich an den Präsidenten und wenn es die Versammlung gestattet, wird der Besuch durch den Einführer zum Präsidenten geleitet, dabei haben sich alle Mitglieder zu erheben. Derselbe feierliche Akt findet statt bei der Einführung neuer Mitglieder.

In allen großen Städten gibt es in America ein graphisches Kartell, doch sind die Lithographen und Steinbrucker, verwunderlich genug, nicht dabei vertreten. Außerdem gibt es in allen großen Orten ein Gewerkschaftskartell, welches die örtliche Abteilung des Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labor) ist. Er entspricht unserer Generalkommission; ihr Präsident ist der vielgenannte Comper. Der Sitz der amerikanischen Gewerkschaftszentrale ist Washington, südlich von New York, wo sich auch der Sitz der amerikanischen Regierung befindet.

Erster Bundestag des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer.

Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat in den Ostertagen seinen ersten Bundestag in Weimar abgehalten. Der Bund, der in kurzer Zeit 25 000 Mitglieder in 200 Ortsgruppen gesammelt hat, wollte Programm und Satzung endgültig festlegen und beschließen, durch Verschmelzung mit anderen Verbänden von Kriegsbeschädigten eine große Einheitsorganisation zu schaffen. Diese Aufgabe ist in den zweitägigen Beratungen gelöst worden. Beschäftigt war der Bundestag von 166 Delegierten, darunter 158 Kriegsbeschädigten aus allen Teilen des Reiches, von Königsberg bis Friedriehshafen. Außerdem waren 16 Vertreter befreundeter Kriegsbeschädigtenvereine, insbesondere des Hamburger Bundes Deutscher Kriegsbeschädigter, des Vereins der Kriegsbeschädigten Wests, Schleswigs und Ederndorbes und mehrerer süddeutscher Kriegsbeschädigtenverbände vertreten.

Als Vertreter der großherzoglich-weimarschen Staatsregierung begrüßte Regierungsrat Wagner, für den sächsisch-weimarschen Landtag Landesrechtspräsident Blüher die Tagung. Für die Generalkommission der Gewerkschaften wünschte Stadtrat Saffendach (Berlin) der Arbeit des Bundes besten Er-

folg. Die Gewerkschaften brächten dem Organisationsbedürfnis der Kriegsbeschädigten, die ja größtenteils ihre Mitglieder seien, volles Verständnis entgegen. Die Gewerkschaften seien lebhaft für die Interessen der Kriegsbeschädigten eingetreten und hätten dafür im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge Verständnis und Entgegenkommen gefunden. Gleichwohl würden sie gern mit der Organisation der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zusammenarbeiten, und sie hofften, daß dieses Zusammenarbeiten nicht nur mit einer sondern mit allen Organisationsgruppen der Arbeiter und Angehörten gelingen werde.

Zur Leitung des Bundestages wurden Hedmann (Berlin) und Fischer (Hamburg) als Vorsitzende, Döhm (Würzburg) und Red (Gießen) als Schriftführer gewählt, letzterer zum Protest gegen die Willkür, mit der die Kriegsbeschädigten in der Provinz Posen behandelt würden.

Ueber die Entwicklung des Bundes berichtete sodann Hedmann (Berlin). Die Zahl der Kriegsbeschädigten werde nach diesem Weltkriege so groß sein, daß ihre Eingliederung in das wirtschaftliche Leben eine nationale Notwendigkeit ersten Ranges werde. Der Kriegsbeschädigte bedürfe dazu der Hilfe der Gesetzgebung im weitesten Umfange, insbesondere durch die Rentengewährung, den Einstellungsanspruch für Schwerbeschädigte und den Schutz vor Überanstrengung und Ausbeutung. Die Hilfsbedürftigkeit und wirtschaftliche Schwäche der Kriegsbeschädigten dürfe nicht zu einer Minderung der staatsbürgerlichen Rechte gegenüber denen führen, die durch den Krieg wirtschaftlich noch stärker geworden seien als vorher. Wer für das Vaterland geblutet hat, dürfe im Staat nicht weniger gelten, als der Kriegsgewinnler. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sei eine Organisation unerlässlich. Der Bund müsse neben den Kriegsbeschädigten auch die Kriegsteilnehmer umfassen. Die im Felde bewährte Kameradschaft werde nicht dadurch aufgehoben, daß der eine verümmelt, der andere äußerlich unterjocht zurückkehre. Die Kriegsteilnehmer würden auch verhindern, daß der Geschäftskreis des Bundes sich auf die Rentenfrage verenge und daß er ein Querulantenbündnis großziehe. Parteipolitisch und religiös müsse der Bund vollkommen neutral sein. Kein Mitglied dürfe gefragt werden, welcher Partei oder welchen Glaubens er sei. Keiner Partei dürfe der Bund dienbar werden; aber er müsse freudig mit allen Parteien zusammenarbeiten, die seine Ziele förderten.

Der Berichterstatter schilderte dann das überraschend schnelle Wachstum des Bundes und seine Beziehungen zu den Berufsvereinen. Er wolle diese nicht ersetzen, nicht lahmliegen oder schwächen, sondern gemeinsam mit ihnen an Wohle der Kriegsbeschädigten arbeiten. In der rapiden Zunahme der Mitgliederzahl und dem Drang nach Einigung der verschiedenen Kriegsbeschädigtenverbände lag die Wille der Kriegsbeschädigtenverbände zum Ausdruck, für die Anerkennung und die volle Gleichberechtigung innerhalb des Vaterlandes zu kämpfen, die ihnen bisher verweigert geblieben sind.

Der Bundestag falle in eine Zeit gesteigert Frontkämpfe. Mit herzlichster Teilnahme grüßten die Kriegsbeschädigten die Kameraden, die noch im Felde stehen, um auf den französischen Schlachtfeldern zu vollenden, was die in Weimar Versammelten zu beginnen mitgeholfen hätten: den Frieden zu sichern, der Deutschlands Land und Entwicklungsfreiheit schütze und den uns die Feinde auf dem Wege der Verständigung nicht zugestehen wollten. Wir wissen aus eigener Erfahrung, was es heißt, für das Vaterland zu kämpfen. Wir nehmen den wärmsten Anteil an den Wunden, Leiden und Strapazen unserer lieben alten Kameraden im Felde. Wir wünschen ihnen in diesem gewaltigsten Ringen der Weltgeschichte den vollen Sieg (Stürmischer allgemeiner Beifall).

Ueber das sozialpolitische Bundesprogramm berichtete sachkundig und erschöpfend Hohmann (Mün.). Er legte die schweren Mängel des Mannschaftsversorgungsgesetzes und des Militärhinterbenediktengesetzes eingehend dar und forderte ihre gründliche Reform. Die Rentenfrage müßten so festgelegt werden, daß sie den entstandenen wirtschaftlichen Schaden möglichst vollkommen ausgleichen. Diese Festsetzung müsse durch Spruchinstanzen erfolgen, bei denen Kriegsbeschädigte mitwirkten. Von der Sozialversicherung sei zu fordern, daß sie den Invaliditätsbegriff weitestgehend auffasse und ihre Pflichten gegenüber denen der Militärverwaltung genau abgrenze. In Berufsarten, die gesundheitlich nachteilig für sie seien, dürften Beschädigte nicht beschäftigt werden. Besonderen Nachdruck legte der Referent auf die Mitwirkung der Kriegsbeschädigten selbst in den zivilen Fürsorgeorganisationen. Die Beschädigten müßten möglichst dem früheren Beruf wieder zugeführt werden. Bei Berufswechsel sei sorgfältige Beratung nötig. Die Familien müßten während der

Ausbildungszeit genügende Unterstützung erhalten. Die Anrechnung der Rente auf Lohn oder Gehalt müsse verboten werden. Die dauernde Beschäftigung der Beschädigten sei gesetzlich zu sichern.

Im Anschluß an diesen Vortrag sprach Arbeitersekretär Krüger (Magdeburg) über das Verhältnis des Bundes zu den Organisationen der zivilen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er anerkannte unumwunden die weitausfassende Fürsorgebestrebung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge und seiner Untergruppen. Um aber seine edlen Ziele zu verwirklichen, dürfe er die Kriegsbeschädigten nicht länger nur als Objekte behandeln, sondern sie zur aktiven Mitwirkung heranziehen.

Endlich sprach Arbeitersekretär Osterloh (Hamm) über die Zusammenarbeit des Bundes mit den wirtschaftlichen Verbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Sinne der Arbeitsteilung und Gemeinschaftsarbeit.

Alle diese sozialpolitischen Fragen wurden sodann in zwei Ausschüssen gründlich durchberaten und nach ihren Berichten im Sinne der Ausführungen der Berichterstatter durch Beschlußfassung erledigt. Ueber die staatsbürgerlichen Forderungen der Kriegsteilnehmer sprach das Bundesvorstandsmittglied Reichslagsabgeordneter Davidsohn. Die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer kämen an den Fragen der Sozialpolitik und auch an denen der allgemeinen Politik unmöglich achtlos vorbeigehen. Parteipolitische und religiöse Neutralität sei durchaus zu wahren. Aber der Bund müsse den Kriegsteilnehmern die ihnen gebührende Stellung im öffentlichen Leben schaffen und erhalten helfen.

An dieses Referat schloß sich eine umfangreiche Debatte, welche die Frage der Neutralität, die Beteiligung der Kriegsteilnehmer an dem Bunde und die besonderen staatsbürgerlichen Forderungen der Bundesabteilungen mit umschloß. Vom Hamburger Bunde, dem Kieler Verein und zahlreichen Delegierten aus Süddeutschland wurde die Forderung vertreten, daß der Bund sich ausschließlich auf die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten beschränke und dies zur Voraussetzung der Einigung gemacht; die Kriegsteilnehmer, die nicht Kriegsbeschädigte seien, hätten danach im Bunde nichts zu suchen. Demgegenüber erklärten die Redner des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, daß der Bund unmöglich die Millionen deutscher Krieger ausschließen könne, denen jetzt das Verwundetenabzeichen verliehen werde.

Wiederholt drohten die Einigungsverhandlungen an diesen Meinungsverschiedenheiten zu scheitern. Schließlich erklärten aber sämtliche Vertreter der widersprechenden Minderheit, daß sie sich mit der Aufnahme der Kriegsbeschädigten einverstanden erklärten, wenn die besonderen staatsbürgerlichen Forderungen im Bundesprogramm fielen. Von der Mehrheit wurde darauf eine Erklärung vorgeschlagen, die besagt, daß im Interesse der Einigung von einer Abstimmung abgesehen und der Gegenstand zur endgültigen Formulierung an den Vorstand und den nächsten Bundestag zurückverwiesen werde. Ein Teil der Delegierten belämpfte dieses Entgegenkommen, doch fand dieser Vermittlungsvorschlag Zweidrittelmehrheit, worauf die Vertreter sämtlicher anwesenden Verbände ihren Willen zur Vermittlung mit dem Bunde bekundeten. Einstimmig wurde der Name des Bundes festgesetzt: Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Der Sitz des Vorstandes bleibt Berlin.

Mit Worten hoher Genugtuung über den erfolgreichen Verlauf der Tagung und den Abschluß des Einigungswerkes schloß Bundesvorsitzender Hedmann die Tagung.

Internationales.

Oesterreich. Die Kündigung des Wiener Tarifs hat eine am 26. März stattgefundene Versammlung der Wiener Kollegenschaft einstimmig nach einem Vortrage des Kollegen Grünfeld beschlossen. In der Versammlung waren auf Einladung auch Vertreter der Arbeitgeber sowie der Oewerbehörde erschienen. Kollege Grünfeld hob in seinem Vortrage mit aller Deutlichkeit hervor, daß infolge der militärischen Einziehungen immer mehr Frauen eingestellt würden; mit den Lebensmitteln sähe es in Wien viel schlechter als Ungarn und in Deutschland aus. Während es z. B. in Wien nur 3 Pfund Kartoffeln je Woche und Kopf gebe, betrage die Menge in Deutschland 7 Pfund. Eine zuvor stattgefundene Versammlung der Vertrauensmänner habe einstimmig die Kündigung des Tarifs empfohlen. Wie der zukünftige Tarif aussehen würde, hänge von der Arbeiterschaft ab. Eine große Bedeutung komme ihm schon um deswillen zu, als er den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu regeln haben werde. In erster Linie müßten die Minimallohne erhöht werden, daneben

müßten aber die Teuerungszulagen bestehen bleiben, solange die Teuerung anhalte.

In der Aussprache wurde auf Deutschland hingewiesen, wo die Löhne viel höher als in Oesterreich seien, trotzdem dort der Lebensunterhalt nicht so schwierig sei.

Rundschau.

Für die Einigkeit der Gewerkschaften erklärte sich eine Vertrauensmännerversammlung der Stuttgarter Gewerkschaften nach einem Vortrage Beglins. Zum Schluß einer entsprechenden Entschließung heißt es: „Pflicht aller Gewerkschaftsangehörigen ist es, das kostbarste Gut ihrer Organisation, die Einigkeit, aus dem Weltbrand unberührt in die Friedenszeit hinüberzutragen. Nur dann besteht die Gewähr, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird.“

Die Urabstimmung im Verbands der Lithographen und Steinbruder ergab mit überwältigender Mehrheit die Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes, der vom 1. April ab eine Beitragserhöhung von 20 Pf. die Woche vorsch. Nach Abzug aller eingezogenen und vom Beruf abgegangenen Kollegen gehören dem Verbands noch rund 6000 Mitglieder an. Von diesen beteiligten sich an der Abstimmung insgesamt 2798. Davon stimmten 2528 mit ja, 247 mit nein, 16 gaben weiße Zettel ab und 2 Stimmen waren ungültig. Wenn sich an der Abstimmung nur 56,6 v. H. der Mitglieder beteiligten, so erklärt sich das aus der Bestimmung des Statuts, wonach die Urabstimmung in der Versammlung stattfinden muß. Damit ist aber unter den jetzigen Verhältnissen die Abstimmung so manchen eifrigen Mitgliedes unmöglich geworden. Die große Mehrheit für den Antrag des Verbandsvorstandes auf Beitragserhöhung darf aber um so mehr mit Freude erfüllen, als gerade dieser Verband in der Kriegszeit schwer zu kämpfen hatte, wie kaum ein anderer Verband. Kann doch die Beitragserhöhung noch nicht einmal zur vollen Durchführung der statutarischen Unterstützungsfähigkeit benutzt werden. Nur die gewerkschaftlichen Unterstützungsgesähe sollen auf ihre volle Höhe gebracht werden.

Hierzu möchten wir uns allerdings die berechtigte Frage erlauben, ob der Steinbruderverband nicht durch die Vielfältigkeit, insbesondere aber durch die Höhe seiner Unterstützungen allzu stark belastet ist, wenn er selbst nach einer Beitragserhöhung nicht instande ist, seine statutarischen Unterstützungen zahlen zu können. Wir müssen nach Prüfung des Statuts und der Abrechnungen des Steinbruderverbandes diese Frage bejahen und glauben dem Steinbruderverbande nur zu nützen, wenn wir dies einmal offen aussprechen.

Die Bundessturnfahrt des Arbeiterturnbundes 1918. Als im Vorjahre der Arbeiterturnbund seine erste große Bundessturnveranstaltung in Form einer Zielweise über das ganze Reich verteilten „Bundessturnfahrt“ unternahm, da konnte er, trotz der Ungunst der Verhältnisse an einem Tage mehr als 12 000 wandernde Arbeiterturner auf die Beine bringen. Ueber 6000 jugendliche Wettkämpfer beteiligten sich an dem mit der Turnfahrt verbundenen einheitlichen Dreikampf. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundessturnfahrt stattfinden. Wiederum verbunden mit sportlichen Wettkämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung aber eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Feier des 50jährigen Bestehens des Arbeiterturnbundes damit verknüpft wird. Das Jubiläum des Bundes sollte ursprünglich durch ein in Leipzig, dem Sitze des Bundes, abzuhaltenes großes Arbeiter-„Bundessturnfest“ gefeiert werden. Viele tausend Meldungen waren schon eingegangen und großzügige Vorarbeiten im Gange. Da kam der Weltkrieg und schlug alle betriebligen Unternehmungen zu Boden. Die nunmehr stattfindenden Bundessturnfahrten geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei, die damit ihre Unverwundbarkeit und Existenzberechtigung erwiesen hat. Daran zu erinnern eignet sich besonders die Ofterzeit, wo wiederum Tausende von jungen Menschenkindern die Volksschule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Wer das weiß, welche nachteiligen Folgen für die Gesundheit dieser jüngen Uebertragung aus der sorglosen Kinderzeit in den Kampf um das Dasein für die in der Entwicklung stehenden Körper der Knaben und Mädchen mit sich bringt, der wird die Aufforderung des Arbeiterturnbundes zum Beitritt in seine Jugendabteilungen nur begrüßen und unterstützen. Bewegung in Luft, Licht und Sonne brauchen diese jungen Menschenblüten. Im Spiel und Turnen sollen sie ein Gegenmittel gegen die Schäden des Erwerbslebens finden und im Anschluß an Gleichgestimmte vor Verimpfung bewahrt bleiben. Möchten sich dessen die Arbeiterkinder und Eltern stets eingedenk sein.

Abrechnungen

nom 1. Quartal gingen bis zum 15. April bei der Verbandskasse ein: von Ludenwalde mit 400 Mk., Tilsit — Mk., Gau 4 1000 Mk., Dessau — Mk., Salverstedt 150 Mk., Gau 6/7 — Mk., Hamburg-Altona 1700 Mk., Bielefeld 64,20 Mk., Eisenberg 400 Mk., Langensalza 40 Mk., Schlez 33,17 Mk., Sonneberg — Mk., Weimar 58,21 Mk., Nachen — Mk., Düsseldorf 1000 Mk., Gagen — Mk., Arefeld 140 Mk., Nienmisch 50 Mk., Saarbrücken 53,88 Mk., Altenburg 275 Mk., Annaberg-Buchholz — Mk., Göhrnb — Mk., Leipzig 25 447,70 Mk., Plauen — Mk., Wurzen 200 Mk., Erlangen 350 Mk., Schweinfurt 30 Mk., Würzburg — Mk., Gau 17 100 Mk. und von München mit 500 Mk. E. Hauelsen.

Literarisches.

Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde für Mutter und Kind. Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der „Volkshilf“-Buchdruckerei, E. Graf u. Co. in Bochum, ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Max König (Dortmund) im Druck erschienen.

den dieser anlässlich der Hygiene-Ausstellung „Mutter und Kind“ im Alten Rathaus in Dortmund gehalten hat. Der Vortrag nimmt zu einer der brennendsten Fragen der Gegenwart vom Standpunkte der Arbeitererschaft aus Stellung. Es wird gezeigt, daß alle Bevölkerungspolitik mit dem Schutze von Mutter und Kind beginnen muß. Der Geburtenrückgang und seine Ursachen, die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen, die Frau als Arbeiterin und Mutter, die Notwendigkeit eines ausreichenden Arbeiterinnenschutzes und des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung, die Wohnungsfrage, besonders auch für kinderreiche Familien, die bisherigen Fürsorgeeinrichtungen und ihre Unzulänglichkeit — alles dieses wird zwar knapp aber klar und treffend besprochen. Die lesbare Schrift, die in einem Anhang wertvolles Material und einschlägige Zitate bringt, ist eine gediegene Grundlage für die öffentliche Erörterung des Mutter- und Säuglingschutzes. Der billige Preis von 30 Pf. ermöglicht jedem die Anschaffung, der Interesse an diesen Fragen nimmt. Sie sei warmstens empfohlen.

„Die Kerle von Hambern“. Mit diesem geschichtlichen Roman des hänischen Dichters A. C. beginnt

der neue Jahrgang der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden“.

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die furchtbarsten Kämpfe im Kriege der Gegenwart sieht. Es scheint das Schicksal dieses Bodens, wieder und wieder mit Menschenblut getränkt zu werden. Zahlreiche bestige Kämpfe, die vor allem um die Freiheit der Flamen gingen, sind hier ausgetragen worden, und von einem dieser Kämpfe, die das trostige Geschlecht der „Kerle“ gegen seine Verräter führte, handelt der Roman. Unter der Hand des Verfassers wird die Vergangenheit lebendig; in spannenden, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, die freheitsstolzen „Kerinnen“, die lieber sterben, als sich dem Gegner verkaufen.

„In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen. Wir empfehlen unseren Lesern, die Zeitschrift zu abonnieren.

ANZEIGEN**Zahlstelle Stuttgart.**

Am 16. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Vertrauensmann, der Kollege

Wilhelm Müller

aus Dinglingen bei Lahr, im Alter von 22 Jahren.

Wir werden das Andenken unseres treuen, leider so früh verstorbenen Kollegen stets in Ehren halten.

Das organisierte Personal der Kartonnagenfabrik J. Geiger.

Dankagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters

Wilhelm Tüsgner

danke wir allen lieben Freunden, Kollegen und Kolleginnen des teuren Entschlafenen aufs herzlichste.

Im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Emma Tüsgner.
Schöneberg, im April 1918.

Zahlstelle Eisenberg.

Durch die beim Militär zugezogenen Krankheit, starb nach langem Krankenlager am 6. April unser Kollege, der Etuis-Gilfearbeiter

Otto Plaul

im Alter von 47 Jahren.

Am 7. April verstarb nach kurzer Krankheit, unser Kollege, der Etuisarbeiter

Willy Ludwig

im Alter von 31 Jahren.

Wir werden beiden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Barmen-Elberfeld.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 9. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Hermann Kämper

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren verschieden ist. Ehre seinem Andenken.

Barmen, den 11. April 1918.

Der Vorstand.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Julius Hager, Großbuchbinderei,
Leipzig, Breitkopfftr. 9.

85 Pfennig

pro Kilo kostet wirklich guter Klebstoff (bezugsfrei) für Papier und Holz.
Muster 85 Pf.

Resektan, Bauen.

Tüchtiger Linierer

gesucht
A. Vogel, Buch- und Kunstdruckerei,
Düsseldorf.

Zu kaufen gesucht eine

Pappschere,

neu oder gebraucht, mit 1 — 1,20 Meter Schnittlänge.

Wilhelm Wolfson, Hamburg
Altenwall 6/2.

Lohntarif für Buchbinderarbeiten.

Preis für Mitglieder 1.— Mk. einschließlich Porto (bei Parisbezug ermäßigt sich das Porto, für Nichtmitglieder 3,20 Mk.)

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten.

Preis für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Der Versand erfolgt nur nach Vereinbarung des Bezugs. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, zu richten.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch stärksten Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldes durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier und Rotweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und über 50 cm Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner und Doggen. Die Hunde werden von Fachlehrern in Hundeschulen ausgebildet und im Lebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderasse ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Meldehundeschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin W., Sturfsriedenweg 152, Abt. Meldehunde.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.**3. Abänderung**

zur Satzung der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Artikel I:

Im § 73 sollen die Worte „und wenigstens ein Drittel derselben erschienen ist“ gestrichen werden.

Hieran angefügt soll werden: Die Ausschussmitglieder erhalten für die Teilnahme an der Sitzung eine Entschädigung von zwei Mark.

Artikel II:

Vorstehende Satzungsänderung tritt am Tage der satzungsgemäßen Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 27. November 1917.

Der Vorstand.

gez. Karl Gottesmann,
Vorsitzender.

gez. Fr. Keesje,
Schriftführer.

Genehmigt

Charlottenburg, den 11. April 1918.

Königliches Oberversicherungsamt Groß-Berlin.

gez. von Gostowski.

(Stempel.)

Esra-Klebstoff.

Unentbehrlich für alle Papier und Pappe verarbeitenden Betriebe, Vorzüglicher Bureaumilch und flüssiger Klebstoff für technische Zwecke und täglichen Bedarf.

**Chemische Fabrik Rosenberg & Co.,
Karlsruhe i. B.,
Wilhelmstraße 57.**